

„Bürgerinitiative Halde“: „Gesundheitsschäden sind zu erwarten!“

Blei, Arsen und Cadmium im Staub gefunden

WAZ

Kraftakte



HUMUS WIRD ZUR ZEIT auf der Hoppenbruchhalde angekippt — seit Wochen pflanzt die BAG Bäume an der Böschung. Die Haldeinitiative befürchtet allerdings, „daß da nichts

angeht. Teilweise rutscht der Mutterboden schon nach kurzer Zeit wieder ab. In anderen Fällen vertrocknen die Gehölze, weil sie den Boden einfach nicht vertragen“.

(WAZ-Bild: Schweizer)

Ein neuer Kraftakt der Bürgerinitiative: Diesmal in Form einer „Gegendarstellung“ gerichtet an die WAZ. Hans-Heinrich Holland schreibt:

In der Anmerkung der Redaktion zu der Aussage von Herrn Kasperek heißt es: „Dort (in dem Flugblatt der Bürgerinitiative) hatte es geheißen: ‚Wir vertrauen unsere Zukunft keinem dieser windigen Politiker mehr an ... und die jetzt betriebene Politik kann Steinwürfe auslösen!‘ Korrekt müßte das zweite Zitat folgendermaßen lauten: ‚Nicht auf die Argumente der Bürger eingehen und so tun, als wenn die Diskussion um die Halde ganz demokratisch ablaufen würde, dies ist die Art von Politik, die Steinwürfe als Argumente provoziert!‘ Der Sinn ist jedenfalls ein ganz anderer als der, der uns von der Redaktion der WAZ unter-schoben wird. Zumal es vier Sätze später heißt: ‚Wir lassen uns keine Politik, die zur Gewalt führt, aufdrängen!‘ Eindeutiger ist unsere Ablehnung von Gewalt nicht zu formulieren. Der kritische WAZ-Leser mag sich fragen, warum dieses Zitat so entstellt wiedergegeben wurde. Bezeichnend ist weiterhin, daß die Stellungnahme der BI — zu den Vorgängen im Rat — den Lesern der WAZ am 30. März 1981 noch vor-enthalten wurde, obwohl die Stellungnahme seit Freitag nachmit-tag in der Redaktion vorliegt.

Anmerkung der Redaktion: Leser Holland hat recht, wenn er eine „Zitatfälschung“ anprangert. Der Eindruck, die Bürgerinitiative würde zu Steinwürfen ermuntern, ist völlig unzutreffend. Das in der WAZ erschienene Zitat (siehe oben) wurde der WAZ telefonisch von Ratsherrn Bernhard Kasperek (SPD) so übermittelt. Man hätte prüfen müssen, ob es so stimmt, aber bei einem stellvertretenen Fraktionsvorsitzenden hatten wir keinen Argwohn!

(ku) Um 19 Uhr begann die Veranstaltung der Haldengegner — die regierenden Sozialdemokraten erschienen zum sichtlichen Ärger der etwa 35 Bürger um 21.40 Uhr. War die Veranstaltung bis dahin schon von hitzigen Wortwechsellern geprägt, so gewann die Diskussion noch an Schärfe. Die Haldengegner warfen den Kommunalpolitikern vor, sich nicht um die Bedenken der Bürger zu kümmern. Der Hertener Arzt Dr. Arkadi Junold: „Da sind hundertfach Bedenken angemeldet worden — ich finde es fast unvorstellbar, daß die Stadt nicht in einem einzigen Fall die Vorwürfe bestätigt oder widerlegt hat.“

Von Anfang an dabei waren Heinz Muhs, Theo Ahmann, Peter Gengenbach und Dieter Jordan. Sie sahen sich mit dem geballten Unmut der Betroffenen konfrontiert, der jedoch mehr oder weniger an den CDU- und FDP-Politikern vorbeizielte: „Es ist traurig, daß die hier regierende SPD es nicht für nötig hält, sich unseren Argumenten zu stellen“, bedauerte Dieter Schüller.

In Referaten nahmen die Haldengegner Stellung zu den Gebieten Gesundheit, Umwelteinflüsse, Folgekosten, Technik und juristischen Fragen, „mangels eines sachlichen Dialogs mit den Politikern“, wie Dieter Schüller mit deutlichem Seitenhieb auf die Bürgeranhörung im Januar, bei der sich die Betroffenen sachkundiger zeigten als die geladenen „Experten.“

Erschütterndes steuerte vor allem Dr. Arkadi Junold bei. Er zitierte eine Untersuchung, die für den Nachbarn Gelsenkirchen durchgeführt worden war: „Im Staubbiederschlag wurde unter anderem gefunden: Blei, Cadmium, Arsen, Schwefeldioxyd, Kohlenmonosyd, Zink.

Quecksilber. Diese Gifte lagen — als Durchschnittswerte wohl gemerkt — sämtlich über den zulässigen Höchstgrenzen. Und dabei handelt es sich noch nicht einmal um die S pitzenbelastungen.“

Gesundheitsschäden — so Dr. Junold — seien zu befürchten. Nervenschäden, Nierenschäden, Herzkrankheiten, Magen- und Darmsschädigungen, Beeinträchtigung der Blutgerinnung, Bronchialerkrankungen und höhere Infarktgefährdung werden durch die aufgeführten Schadstoffe ausgelöst. „Im Kreis Recklinghausen wurde im Blut schwangerer Mütter ein hoher Bleigehalt gemessen. In schweren Fällen kann es zu angeborenen Hirn-

schäden bei den Neugeborenen kommen“, erklärte Dr. Junold. „Und das sind nur die Akut-Schäden. Was da langfristig auf uns zukommt, ist noch nicht abzusehen.“ Vor allem sind die aufgeführten Erkrankungen Folgen eines einzelnen Schadstoffs. „Was passiert, wenn diese Gifte zusammenwirken, möchte ich mir gar nicht vorstellen; darüber gibt auch kein einziges Lehrbuch Auskunft!“

Mit nachdenklichem Gesicht quitierte Heinz Muhs die Warnungen des Arztes, die — sachlich und mit leiser Stimme vorgebracht — einschlugen wie eine Bombe. Der stellvertretende Bürgermeister zeigte sich betroffen: „Angesichts der hier vorgelegten Fakten kann man ja auf ein Gutachten fast verzichten — dieses Konzept kann man ja nur noch ablehnen. Und vor allem: 40 Prozent der Bergeshalden des Kreises in der zweit-

kleinsten Stadt — das kann gar nicht mehr wahr sein.“

Das Initiativ-Flugblatt mit dem Vorwurf der „windigen Politiker“ mochte sich kein anwesender Rats Herr hinter den Spiegel stecken. Weder Peter Gengenbach, noch Theo Ahmann und Heinz Muhs fühlten sich angesprochen, wohl aber aufgefordert, die gemachten Vorwürfe für sich selbst jeweils zurückzuweisen. Der schwarze Peter wurde mit unschöner Re-

gelmäßigkeit den SPD-Ratskollegen zugeschoben, die wegen ihrer Fraktionssitzung erst um 21.40 Uhr in Gestalt von Robert Pusch und Paul Haasch erschienen waren.

„Erstgeburtsrechte für die Aufdeckung der Haldenprobleme sollte hier niemand für sich in Anspruch nehmen“, reagierten die Zuhörer auf Theo Ahmanns Diskussionsbeiträge. Der Scherlebecker warf dem Bergbau vor, daß die Verant-

wortlichen „wirtschaftliches Management ja gar nicht kennen — die werden ja seit 100 Jahren subventioniert“.

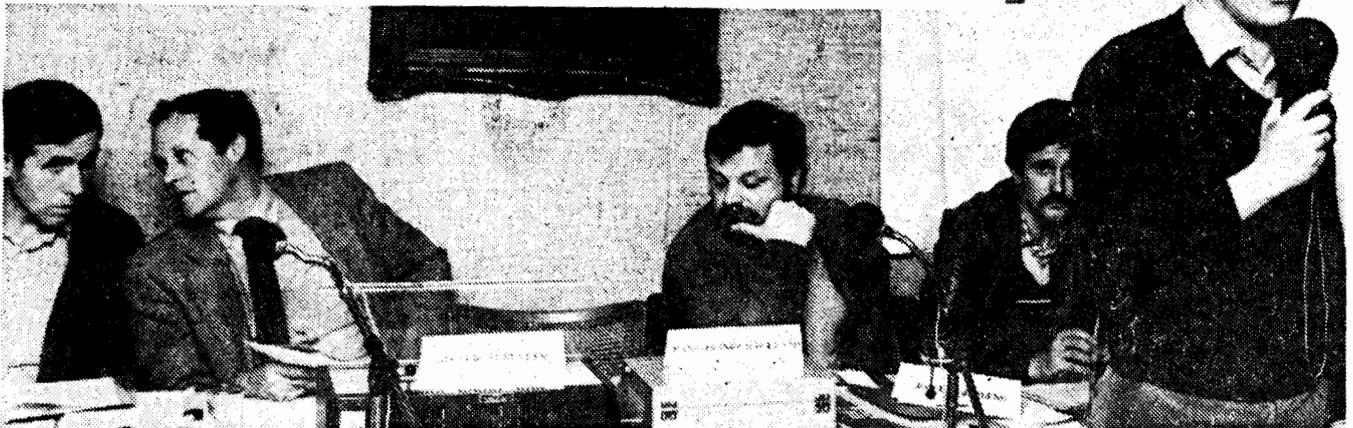
„Was haben wir denn bis jetzt getan?“ fragte sich Peter Gengenbach rhetorisch — die Redepause nutzten die Bürger zur direkten Antwort: „Gar nix!“ Unverdrossen plädierte der FDP-Rats Herr für die Einsicht in Sachzwänge: „Ich will Ihnen nicht nach dem Mund reden. Wir können nicht umhin, uns mit einem bestimmten Maß an Schüttungen abzufinden.“

Abfinden wollen sich die Haldengegner aber nicht — stellvertretend warf Gertrud Kubiak den Politikern Tatenlosigkeit vor: „Sie reden immer nur — wenn Sie wirklich hinter uns stehen, helfen Sie uns um Gotteswillen. Seien Sie doch endlich mal ehrlich, belogen und getröstet worden sind wir schon genug. Ich will nicht immer von Ihnen hören, daß ich mich mit der Halde abfinden muß — ich will hören, wie Sie den Sargdeckel verhindern wollen!“

Jugendtreff Nord: 15 bis 22 Uhr, Freizeitangebote für Jugendliche.

Arbeitskreis Behinderter und Nichtbehinderter: 19.30 Uhr, Treffen in der FBS.

Höchstgrenzen überschritten



NEUE FAKTEN von der Bürgerinitiative: in Referaten zu verschiedenen Themen brachten die Haldengegner Konkretes — die Podiumsteilnehmer (v. l.): Dr. Arkadi Junold, Dieter Schüller, Joachim Jürgens, Lothar Lend, stehend Hans-Heinrich Holland) hatten sich intensiv vorbereitet und bislang Unbekanntes zur Haldenfrage präsentiert. (WAZ-Bild: Schweizer)